

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwin

Telefon: (02 28) 21 90 39/38  
Telefax: 866 849 pph d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Dr. Regine Hildebrandt  
MdV und Rudolf Draß-  
ler MdB zur Notwen-  
digkeit, den Menschen  
in der DDR eine Per-  
spektive zu vermitteln:  
Einigungsvertrag löst  
soziale Probleme nicht.  
Seite 1

Heidemarie Wleczorek-  
Zeuf MdB zum 65. Jah-  
restag der Verabschie-  
dung des Heidelberger  
Programms der SPD:  
Schon 1925 für Europa.  
Seite 3

Manfred Reimann MdB  
zum dramatischen An-  
stieg der Pflegekosten:  
Für die Kommunen  
nicht länger tragbar.  
Seite 4

45. Jahrgang / 178

17. September 1990

### Einigungsvertrag löst soziale Probleme nicht

Zur Notwendigkeit, den Menschen in der DDR eine Perspektive zu vermitteln

Von Dr. Regine Hildebrandt MdV

Ehemalige Ministerin für Arbeit und Soziales der DDR und

Rudolf Draßler MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik

Wertvolle Zeit ist vertan worden. Jeder Tag, den wir jetzt länger warten, die drängenden sozialen Probleme zu lösen, ist verschwendet. Wir müssen den Menschen endlich eine Perspektive geben, nicht nur davon reden.

Bereits Ende August waren 1,8 Millionen Menschen ohne Arbeit. Sie erwarten, daß ihnen von der Politik geholfen wird. Dabei darf der Staat aber kein Reparaturbetrieb sein. Der Übergang von der Kommando-wirtschaft zur Marktwirtschaft kann nicht allein den Selbstregulierungs-kraften überlassen bleiben. Die politische Verantwortung für die Men-schen in der DDR gebietet einen unmittelbaren Einfluß der staatlichen Organe.

1. Es zeichnet sich ab, daß in der DDR bald die Zwei-Millionen-Grenze an Unterbeschäftigten - Arbeitslose und Kurzarbeiter mit der Null-Stunden-Woche - überschritten wird. Beim ersten Staats-vertrag waren dagegen für die zweite Jahreshälfte 1990 rund 430.000 Arbeitslose und Kurzarbeiter in Rechnung gestellt wor-den. Die Quote der faktisch Arbeitslosen wird damit 25 und mehr Prozent erreichen.

Bekannt ist, daß öffentliche Investitionsprogramme, Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus und der privaten Investiti-onen dringend notwendig sind, um den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern endlich eine berufliche Perspektive zu eröffnen. Nur: Es geht nicht voran. Die Treuhandanstalt sieht augen-scheinlich ihre Aufgabe allein darin, möglichst rasch, möglichst viel zu privatisieren. Die Treuhandanstalt kümmert sich viel zu wenig um die dringend benötigten Arbeitsplätze, deshalb wer-den die Gewerkschaften auch nicht beteiligt. Die Treuhandan-stalt hat es bisher versäumt, in den Betrieben die alten p rso-nellen Leistungsstrukturen abzulösen, die politisch belastet sind und die ihre betriebswirtschaftlichen Aufgaben zu lösen offen

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verkaufte Umgang  
mit wertvollen Ressourcen  
Rechtschutz



sichtlich nicht in der Lage sind. Ohne einen personellen Neuanfang werden immer mehr Betriebe in Schwierigkeiten kommen - mit der Folge, daß die Treuhandanstalt nur noch die Konkursmasse abstößt und daß die Arbeitsplätze vernichtet sind.

Die Fortbildung und Umschulung über Qualifizierungsgesellschaften kommt und kommt nicht in Schwung, das wirklich gute gesetzliche Instrumentarium ist da, aber die Personal- und Sachmittel fehlen. Die Qualifizierung duldet aber keinen Aufschub.

Die notwendige Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist nach wie vor mangelhaft. Dabei liegt Arbeit auf den Feldern sozialer Dienste, Umwelt und Wohnungsbau massenweise brach. Abwarten und steigende Massenarbeitslosigkeit zu finanzieren, also die Unfähigkeit zu verwalten, kann keine vernünftige Politik sein. Notwendig ist eine produktive Arbeits- und Beschäftigungsförderung, die ist übrigens mittelfristig auch billiger. Geld ist knapp und darf nicht verschleudert werden.

2. Trotzdem wird es aber Menschen geben, die von diesen Angeboten aus Altersgründen nicht mehr profitieren können. Auch dieser Gruppe wollen wir helfen.

Das bedeutet:

Die Vorruhestandsregelung muß verlängert und verbessert werden. Frauen dürfen nicht die Verlierer bei dem Einigungsprozeß werden. Deswegen wird die SPD in einem gesamtdeutschen Parlament fordern:

- Der Vorruhestand für Frauen ist auch über den 1. Januar 1991 hinaus mit 55 Jahren möglich.
- Das Altersübergangsgeld beträgt 70 Prozent des letzten durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts.

3. Die Renten müssen dynamisiert werden, das heißt auch die Sozialzuschläge als Bestandteil der Renten. Der SPD ist es nach zähen Verhandlungen gelungen, den Rentnerinnen und Rentnern in der DDR eine Mindestrente von 495,- DM zu sichern. Die unterschiedlichen Rentensysteme beider Staaten werden erst 1992 harmonisiert. Eine Rente nach Mindesteinkommen wird es so lange in der DDR nicht geben. Die älteren Menschen in der DDR, die hart gearbeitet haben, dürfen nicht in die Sozialhilfe getrieben werden. Deshalb wird die Volkskammerfraktion der SPD unverzüglich einen Antrag vorlegen, mit dem die Renten einschließlich der Sozialzuschläge der Entwicklung der Nettolöhne angepaßt werden, so wie es schon im Staatsvertrag festgelegt wurde. De Maiziere hat diese Regelung aus dem Staatsvertrag nicht beachtet. Das ist eine Verletzung seiner Amtspflichten gegenüber den Rentnern in der DDR.

4. Der Einigungsvertrag wird die katastrophalen Folgen des sogenannten Gesundheitsreformgesetzes auch auf die Bürgerinnen und Bürger der DDR übertragen. Diese zusätzlichen Belastungen sind nicht hinnehmbar. Deshalb ist zu begrüßen, daß in dem Regierungsprogramm, das Oskar Lafontaine vorgelegt hat, die Selbstbeteiligung der Versicherten an ihren Krankheitskosten, die die Bundesregierung vor zwei Jahren eingeführt hat, zurückgenommen werden.

Die Regierung darf nicht glauben, daß mit dem Einigungsvertrag die drängenden sozialen Probleme in der DDR gelöst sind.

(-/17. September 1990/rs/r)

\*\*\*\*\*

### Schon 1925 für Europa

**Zum 65. Jahrestag der Verabschiedung des Heidelberger Programms der SPD**

**Von Heldmarie Wlaczorek-Zeul MdB  
Mitglied des SPD-Präsidiums**

Wir sind die deutsche Europapartei! Diesen Anspruch können die deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit Recht aber vor allem mit Stolz erheben.

Nach dem europäischen Bruderkrieg von 1914-18 hatte die SPD als erste Partei in Deutschland erkannt, daß nur eine politische und wirtschaftliche Verknüpfung und enge Zusammenarbeit der europäischen Staaten neue kriegerische Konflikte verhindern konnte.

Auf ihrem Parteitag in Heidelberg, an dessen 65. Wiederkehr wir uns in diesen Tagen erinnern, formulierte die SPD:

"Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen."

Rudolf Hilferding, der nur wenige Jahre später zu den Opfern des Nationalsozialismus gehörte, begründete damals diesen Programmtitel:

"Wir wollen die Vereinigten Staaten Europas nicht als ein Ausschlußmittel etwa gegen England oder Rußland, sondern wir wollen die Vereinigten Staaten Europas, damit die großen Probleme der Wirtschaft, die großen Probleme der auswärtigen Politik gelöst werden können."

Bis heute sind diese Vorstellungen eines geeinten Europas Bestandteil sozialdemokratischen Willens und Handelns geblieben. Sozialdemokratische Politikerinnen und Politiker haben seit damals entscheidende Beiträge zur Einigung des europäischen Kontinents geleistet. Sie haben die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft aktiv mitgestaltet. Dabei haben sie nie aus dem Auge verloren, daß Europa umfassender ist, als die Gemeinschaft der Zwölf.

Heute steht Europa vor der Neuordnung am Ende der Nachkriegszeit. Nach den demokratischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa und der deutschen Vereinigung haben wir die Chance, ein Gesamteuropa zu schaffen, das auf demokratischen Grundwerten, auf einem gemeinsamen Wirtschaftsraum und auf föderativen Strukturen aufbaut und in dem Frieden und Sicherheit nicht mehr auf militärischer Abschreckung beruhen, sondern durch Demokratie, Verflechtung und Integration gewährleistet sind.

Die Vision der Vereinigten Staaten von Europa, die west- und osteuropäische Staaten umfassen, hat heute eine realistische Chance, wenn wir entschlossen die Europäische Gemeinschaft für die bisherigen EFTA-Staaten und für die osteuropäischen Staaten öffnen bis hin zur vollen Mitgliedschaft. Die zentralen Entscheidungen müssen dazu noch in diesem Jahr auf der anstehenden Regierungskonferenz zur Politischen Union getroffen werden.

(-/17. September 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Für die Kommunen nicht länger tragbar**

**Zum dramatischen Anstieg der Pflegekosten**

**Von Manfred Reimann MdB**

**Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung**

Wie die vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes jetzt belegen, stiegen 1989 (9,2 Milliarden) die Ausgaben der Kommunen für Pflegehilfen um nahezu sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr (1988: 8,7 Milliarden).

Für die Gemeinden sind diese Kosten nicht länger tragbar. Ihre Finanzlage hat sich durch die anderen ständigen Leistungen, die sie aufzubringen haben, dramatisch verschlechtert.

Da die Leistungen zur Pflege nahezu ein Drittel der gesamten Sozialhilfe (1989: 28,7 Milliarden DM) ausmachen und auch in Zukunft eher steigen werden wegen des Personalmangels und der Verkürzung des Zivildienstes, ist eine Herauslösung der Pflegekosten aus der Sozialhilfe durch den Gesetzgeber dringend geboten. Als nicht geeignet ist das Konzept einer freiwilligen Pflegeversicherung zurückzuweisen, das innerhalb der FDP immer mehr Anhänger findet. Da das Risiko der Pflegebedürftigkeit jeden treffen kann, ist es nur solidarisch, das heißt im Rahmen einer Pflichtversicherung für alle Bürger zu regeln.

Nur durch eine schnelle Regelung werden die Kommunen auch in Zukunft noch in der Lage sein, ihren sonstigen Aufgaben gerecht werden zu können.

(-/17. September 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*